

Der Ustermer Stadtrat kommt den Grünen entgegen

USTER Auf die Bodeninitiative der Grünen hat Usters Exekutive mit einem Gegenvorschlag reagiert. Dieser geht zwar weniger weit, greift aber wichtige Punkte des ursprünglichen Anliegens auf. Ob die Grünen von ihrem Begehren Abstand nehmen, ist offen.

Es ist eine seltene Konstellation: Der grüne Gemeinderat Patricio Frei, der sich im Parlament jeweils nicht mit Kritik an die Adresse der Ustermer Exekutive zurückhält, lobt den Stadtrat: «Die Grünen nehmen positiv zur Kenntnis, dass sich der Stadtrat zu einer nachhaltigeren Bodenpolitik bekennt», sagt er. Freis Fazit liegt in der Tatsache begründet, dass der Stadtrat auf die Bodeninitiative der Ustermer Grünen mit einem Gegenvorschlag reagiert hat. Dieser greift die Stossrichtung der Initiative auf und deckt sich in einigen Punkten mit den Anliegen der Initianten.

Die Bodeninitiative sieht vor, dass die Stadt Uster den in ihrem Eigentum stehenden Boden nur noch im Baurecht oder im Tausch abgegeben darf. Verkaufen soll sie ihn nicht mehr. Die von rund 800 Personen unterzeichnete Initiative wurde dem Stadtrat im April überreicht und im Juli für zustande gekommen erklärt.

Kein «Fall Loren» mehr

Der Stadtrat empfiehlt die Initiative dem Gemeinderat zur Ablehnung, da aus seiner Sicht die

bestehende Immobilienpolitik der Stadt «gut funktioniert», wie er in einer Medienmitteilung schreibt. Die Volksinitiative der Grünen formuliere aber berechnete Anliegen, die allerdings «zu starr» seien.



«Die Grünen nehmen positiv zur Kenntnis, dass sich der Stadtrat zu einer nachhaltigeren Bodenpolitik bekennt.»

Patricio Frei,
Ustermer Gemeinderat (Grüne)

Im Gegensatz zu den Initianten will der Stadtrat Grundstücke, die im Eigentum der Stadt stehen, weiterhin veräussern können – gemäss Gegenvorschlag jedoch nur, wenn dies «übergeordnete Interessen gebieten». Ob derartige Interessen vorlägen, müsse jeweils jene Instanz entscheiden, in deren Finanzkompetenz ein Grundstücksverkauf liege, so Finanzvorstand Cla Famos (FDP). Je nach Betrag wären also der Stadtrat, das Parlament oder die Stimmbürger zuständig.

Ein weiterer Punkt des Gegenvorschlags, der im Sinn der Initianten sein dürfte: Sowohl über einen möglichen Verkauf als auch über eine Baurechtsvergabe soll in einem öffentlichen Verfahren – also mittels Ausschreibung – entschieden werden. «Ein ähnlicher Fall wie jüngst im Zusammenhang mit dem KMU-Park wird es so nicht mehr geben», sagt Famos. Der Finanzvorstand spielt auf ein Grundstück im Loren-Gebiet an, das die Stadt für die Erweiterung des besagten KMU-Parks verkaufen wollte. Eine Mehrheit des Gemeinderats verweigerte dem Geschäft jedoch die Zustimmung. Ein gewichtiges Argument für das Nein war die Tatsache, dass der Stadtrat das Land «unter der Hand» und nicht über eine Ausschreibung veräussern wollte.



«Einen «Fall Loren» wird es mit dem Gegenvorschlag nicht mehr geben.»

Cla Famos,
Ustermer Finanzvorstand (FDP)

Auch was die Formalitäten eines Grundstückstauschs mit städtischer Beteiligung betrifft, teilt der Gegenvorschlag die Stossrichtung der Initianten. Allerdings geht er in diesem Punkt weniger weit: Die Initianten fordern, dass bei einem Tausch Fläche und Nutzung der Grundstücke vergleichbar sein müssen, der Stadtrat spricht von «sollen».

Die Frage der Verbindlichkeit

Ob die Grünen die Initiative aufgrund des Gegenvorschlags zurückziehen, kann Patricio Frei

zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen. «Wir werden diese Frage prüfen.» Für den Parlamentarier stellt einzig die Initiative sicher, dass die Stadt in Zukunft kein Land mehr verkaufen kann. Zudem gelte es abzuklären, ob die Initiative verbindlicher als der Gegenvorschlag sei, um eine nachhaltige Bodenpolitik festzuschreiben.

Die Frage nach der Verbindlichkeit beantwortet der stellvertretende Stadtschreiber Jörg Schweiter wie folgt: «Auf welcher gesetzlichen Ebene die Initiative oder der Gegenvorschlag bei einer Annahme verankert werden, steht zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht fest.» Die Initiative sei im Sinn einer allgemeinen Anregung formuliert. Dass diese in der Gemeindeordnung festgehalten sein müsse, hätten die Initianten nicht gefordert.

Über das weitere Vorgehen entscheidet nun der Gemeinderat. Spricht er sich gegen die Bodeninitiative aus, muss sich auch noch die Stimmbevölkerung zu dieser äussern.

Dass sich das Unterschriftensammeln für die Ustermer Grünen gelohnt hat, steht für diese heute schon fest: «Dass der Stadtrat unser Anliegen aufgriff und einen Gegenvorschlag lancierte, ist für uns ein Erfolg», sagt Patricio Frei.

Benjamin Rothschild